

Netanjahu Haftbefehl prüft Westens Bekenntnis zum internationalen Recht

Ein Haftbefehl gegen Netanyahu testet das Bekenntnis des Westens zum internationalen Recht. Kritiker sehen doppelte Standards bei der Umsetzung internationaler Strafjustiz. Lesen Sie mehr.



Die Reichweite und Glaubwürdigkeit des internationalen Rechts steht derzeit so niedrig wie seit Jahren nicht mehr. Viele Regierungen ignorieren Haftbefehle in einigen der höchstprofilierte Fälle, die vor den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) gebracht wurden.

Hintergrund zu den Haftbefehlen

In den letzten 18 Monaten hat das in Den Haag ansässige Gericht **Haftbefehle** gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie gegen den israelischen Premierminister

Benjamin Netanyahu, seinen ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant und einen hohen Hamas-Vertreter erlassen.

Netanyahu und die Kriegsverbrechen

Netanyahu ist der erste westlich verbündete Führer, dem vom IStGH Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden. **Israel** hat Berufung eingelegt und den Gerichtshof um die Aussetzung der Haftbefehle gebeten. In der Zwischenzeit haben sich mehrere mächtige Nationen entschieden, die Haftbefehle nicht durchzusetzen, während andere sie offen zurückgewiesen haben.

Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

Die französische Reaktion war vielleicht die schädlichste für den Gerichtshof. Paris unterstützte vehement den Haftbefehl gegen Putin und bekräftigte nach der Ausstellung des Haftbefehls gegen Netanyahu sein „langfristiges Engagement für internationale Gerechtigkeit“. Doch nur wenige Tage später änderte das französische Außenministerium seine Haltung und ließ verlauten, dass der Premierminister von Israel möglicherweise immun gegen eine Festnahme sei, da Israel kein Mitglied des Gerichtshofs sei.

Kritiker argumentieren, dass diese Reaktionen darauf hindeuten, dass es zwei unterschiedliche Regelwerke gibt: eines für die traditionellen Verbündeten des Westens und ein anderes für dessen Feinde.

Pflicht zur Festnahme

Der Gründungsvertrag des IStGH verpflichtet die 124 unterzeichnenden Staaten, Netanyahu und Gallant festzunehmen, so James Joseph, Chefredakteur von Jurist News.

“Es wird zunehmend ungewiss, ob Staaten dieser Verpflichtung nachkommen”, sagte er gegenüber CNN. “Staaten können keinen Erfolg im internationalen Strafrecht beanspruchen, wenn sie nicht bereit sind, die Rechte aller Beteiligten zu wahren.”

Internationaler Druck auf die Staaten

Der Fall Netanyahu war nur der jüngste Schlag gegen die Autorität des Gerichts. Im September reiste Putin nach Mongolei, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Trotz der Unterzeichnung des Rom-Statuts – des Vertrages, der den Gerichtshof 2002 ins Leben rief – empfing die Mongolei den russischen Präsidenten mit einem roten Teppich.

Uneinigkeit innerhalb der EU

Die Haftbefehle gegen Netanyahu und Gallant sorgten für gemischte Reaktionen aus westlichen Staaten, was die Uneinigkeit über den Umgang mit hochkarätigen Anklagen gegen Verbündete verdeutlicht.

Der damalige Außenbeauftragte der EU, Josep Borrell, erklärte, die Haftbefehle seien „bindend“ und sollten umgesetzt werden. Irland, Kanada und die Niederlande stimmten zu. Deutschland hingegen hielt sich zurück und betonte, dass man „ein einzigartiges Verhältnis und eine große Verantwortung gegenüber Israel“ teile. Weitere Schritte seien nur möglich, wenn ein Besuch von Netanyahu in Deutschland absehbar sei.

Wechselnde Positionen und internationale Gesetze

Unterdessen machten Argentinien und Ungarn, beide Mitglieder des Gerichtshofs, klar, dass Netanyahu willkommen sei. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban bezeichnete die Entscheidung des IStGH als „dreist, zynisch und völlig inakzeptabel“ und gewährte Netanyahu die Freiheit und

Sicherheit, sollten er Ungarn besuchen.

Kritik an den USA und ihrer Rolle

Die USA, die dem Gerichtshof nie beigetreten sind und mit etwa 100 Ländern Vereinbarungen getroffen haben, um die Festnahme von Amerikanern zu verhindern, die vom Gericht angeklagt werden, verurteilten die Haftbefehle gegen die israelischen Führer.

Die Kritik der Biden-Administration an den Haftbefehlen für Israel war ebenso nachdrücklich wie ihre Unterstützung für den Haftbefehl gegen Putin. Nach der Ausstellung des Haftbefehls sagte Präsident Joe Biden, dass dies „ein sehr starkes Zeichen setze... Er hat eindeutig Kriegsverbrechen begangen.“

Frankreichs plötzlicher Kurswechsel

In der aktualisierten Position Frankreichs erklärte das Außenministerium in einer Mitteilung: „Frankreich beabsichtigt, weiterhin eng mit Premierminister Netanyahu und den anderen israelischen Behörden zusammenzuarbeiten, um Frieden und Sicherheit für alle im Nahen Osten zu erreichen.“ Der plötzliche Kurswechsel kam, nachdem die Israelis klargestellt hatten, dass sie eine französische Rolle bei der Umsetzung eines **Waffenstillstands in Libanon** aufgrund der impliziten Unterstützung für den Haftbefehl des IStGH nicht akzeptieren würden. Menschenrechtsgruppen kritisierten Frankreichs Meinungsänderung heftig.

Fazit: Politische Opportunität vs. internationale Verpflichtungen

Die Evidenz der letzten Monate zeigt, dass politische Opportunität manchmal internationale Verpflichtungen übertrumpft. In der Mongolei, die Putin willkommen hieß, spielte die Nachbarschaft zu Russland und China eine entscheidende

Rolle. Der Umgang der USA mit dem Fall Israel war hingegen deutlich unterschiedlich, da der Nationale Sicherheitsrat die „Eile der Staatsanwaltschaft, Haftbefehle zu beantragen, und die besorgniserregenden Verfahrensfehler, die zu dieser Entscheidung führten“ beklagte.

Die widersprüchlichen Reaktionen auf die Haftbefehle des IStGH in diesem Jahr werfen Fragen über Jahrzehnte an Fortschritten bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf. Der Weg war oft holprig, was sich besonders am Beispiel Südafrikas zeigt, das einen Haftbefehl gegen den damaligen sudanesischen Führer Omar al-Bashir ignorierte, als dieser 2015 zu Besuch war.

Trotz der Herausforderungen bleibt festzuhalten, dass für jeden, der unter einem Haftbefehl des IStGH steht, die Welt kleiner und die Unsicherheit des Reisens größer wird. Aber dieses Jahr hat auch gezeigt, dass es immer noch einen roten Teppich gibt, wenn man die richtigen Freundschaften hat.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at